

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Paul Viktor Podolay, Armin-Paulus Hampel,
Dr. Roland Hartwig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/17529 –**

Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer beenden – Maßnahmen zur Evaluierung des Auslandeinsatzes ergreifen

A. Problem

Die von der NATO geführte Maritime Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN (MSO SG) im Mittelmeer verfehlt nach Auffassung der Antragsteller die ihr gesetzten Ziele. Sie habe kaum messbar zur Bekämpfung von Waffenschmuggel oder Terrorismus beigetragen, fördere hingegen durch ihre Präsenz in Verbindung mit der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Hilfeleistung für in Seenot geratene Personen die illegale Migration über das Mittelmeer und damit die rechtswidrige Einreise von Migranten nach Europa.

Die von MSO SG bislang erzielten Ergebnisse rechtfertigten den erheblichen personellen und materiellen Aufwand für ihre weitere Durchführung nicht. Die Bekämpfung von Waffenschmuggel und Terrorismus in der Region könnte und sollte von der Afrikanischen Union bzw. den nordafrikanischen Staaten übernommen werden, die zudem die Möglichkeit hätten, aufgegriffene Migranten, die vor allem aus afrikanischen Staaten stammten, direkt in ihre Herkunftsländer zurückzubringen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die deutsche Beteiligung an MSO SG nicht fortzuführen, dem Bundestag einen abschließenden Evaluationsbericht vorzulegen und sich auch in der NATO für eine kritische Evaluation der Operation mit dem Ziel ihrer Beendigung einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/17529 abzulehnen.

Berlin, den 11. März 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Paul Viktor Podolay
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Kathrin Vogler
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Daniela De Ridder, Paul Viktor Podolay, Ulrich Lechte, Kathrin Vogler und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/17529** in seiner 150. Sitzung am 6. März 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die von der NATO geführte Maritime Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN (MSO SG) im Mittelmeer verfehlt nach Auffassung der Antragsteller die ihr gesetzten Ziele. Sie habe kaum messbar zur Bekämpfung von Waffenschmuggel oder Terrorismus beigetragen, fördere hingegen durch ihre Präsenz in Verbindung mit der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Hilfeleistung für in Seenot geratene Personen die illegale Migration über das Mittelmeer und damit die rechtswidrige Einreise von Migranten nach Europa.

Die von MSO SG bislang erzielten Ergebnisse rechtfertigten den erheblichen personellen und materiellen Aufwand für ihre weitere Durchführung nicht. Die Bekämpfung von Waffenschmuggel und Terrorismus in der Region könnte und sollte von der Afrikanischen Union bzw. den nordafrikanischen Staaten übernommen werden, die zudem die Möglichkeit hätten, aufgegriffene Migranten, die vor allem aus afrikanischen Staaten stammten, direkt in ihre Herkunftsländer zurückzubringen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die deutsche Beteiligung an MSO SG nicht fortzuführen, dem Bundestag einen abschließenden Evaluationsbericht vorzulegen und sich auch in der NATO für eine kritische Evaluation der Operation mit dem Ziel ihrer Beendigung einzusetzen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/17529 in seiner 52. Sitzung am 11. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 52. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 11. März 2020

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstellerin

Paul Viktor Podolay
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Kathrin Vogler
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller